

- S. 2: SCHLAFWANDELN DIE EU IN DEN ATOMKRIEG?“
- S. 4: ZUM KAMPF UM DIE ERHALTUNG DES FRIEDENS GIBT ES KEINE ALTERNATIVE
- S. 4: GEMEINSAME AG SOLIDARITÄT UND BETREUUNG

Wortmeldung zum Parteitag der Partei Die Linke, 19. bis 21. Juni 2026 in Potsdam



Dort wo am 2. August 1945 in Schloss Cecilienhof die drei Hauptalliierten der Anti-Hitler-Koalition Sowjetunion, USA und Großbritannien nach der am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands besiegelten Befreiung vom Faschismus das Potsdamer Abkommen unterzeichneten. Es enthält u.a. Beschlüsse über die Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung und Dezentralisierung der Wirtschaft und der politischen Herrschaft in Deutschland. Am 21. Juli 1945 erfuhr US-Präsident Harry Truman während der am 17. Juli begonnenen Potsdamer Konferenz vom erfolgreichen Atombombentest in der Wüste Nevada und erteilte am 24./25. Juli 1945 den Befehl zum Abwurf von Atombomben auf japanische Städte – ausgeführt am 6. und 9. August 1945 mit den Bomben auf Hiroshima und Nagasaki. Aufgeschrieben 85 Jahre nach dem 22. Juni 1941, an dem das faschistische Deutschland mit einem gewaltigen Heer von 3,5 Mio. Mann auf einer ein- und halbttausend Kilometer langen Front die Sowjetunion überfiel.

Der alles bestimmende Kurs: die Herstellung von „Kriegstüchtigkeit“

Seit dem 27. Februar 2022 – dem dritten Tag des Überfalls Russlands auf die Ukraine – ist der Gesellschaft in Deutschland vom Machtblock der Herrschenden eine „Zeitenwende“ verordnet. Eine „Zeitenwende“ mit der Pflicht zur Herstellung von „Kriegstüchtigkeit“. Das Ergebnis ist eine rasche Folge von

schwersten Zerreißproben. Alles, was eben noch Gültigkeit hatte, wird über Bord geworfen. Zuverlässige internationale Handels- und Versorgungsströme sind gekappt und bewährte Praktiken der Diplomatie und der Entspannungspolitik durch dämonisierende Feindbildproduktion und Bedrohungshysterie ersetzt. Mit Höchstgeschwindigkeit wird Aufrüstung betrieben und dafür an allen Ecken und Enden der Sozial-, Gesundheits-, Kultur- und Bildungspolitik gekürzt. Die damit verbundenen tiefen Einschnitte in die materielle Existenz einer großen Bevölkerungsmehrheit gehen einher mit willkürlichen Eingriffen in die Geschichts- und Erinnerungspolitik, die das soziale Klima weiter vergiften. Dabei ist es keineswegs nur eine Randnotiz, dass diese Einschnitte und Eingriffe in Ostdeutschland noch einmal eine besonders verunsichernde Wirkung entfalten.

Die politische Landschaft in Deutschland hat sich in der „Zeitenwende“ fundamental gewandelt. Große Gewinnerin ist die AfD, große Verliererin diejenige Partei, die diese „Zeitenwende“ einst verkündet hat: die SPD. Es ist unübersehbar: Der von der „Ampel“-Regierung betriebene und von der CDU/CSU-SPD-Koalition nahtlos übernommene und vorangetriebene Bellizismus ist nicht nur Gift für den Frieden in der Welt, sondern im Inneren des Landes auch Faschisierungstreiber.

Ratlos und voller Widersprüche: die Haltung meiner Partei

Die Partei *Die Linke*, der ich von ihrem Beginn an angehöre und deren erster Vorsitzender des Landesverbandes Berlin ich gewesen bin, hat eine kräftige, geschichtsbewusste, ihr eine starke Stimme im Friedenskampf verleihende Position bis heute nicht finden können. Dies von Beginn an kritisch betrachtend, habe ich im Oktober 2022 dazu ein Papier an den Parteivorstand verfasst, das 2023 im Heft 340 der Zeitschrift „Das Argument“ erschien, unter dem Titel „DIE LINKE und der Frie-

den. Wo bleibt das ‚Krieg dem Kriege?‘“ abgedruckt worden ist. Dort (auf Seite 213) habe ich geschrieben:

„In der Ukraine ist Krieg, und Deutschland ist darin Partei. Kriegspartei. Nicht mit eigenen Truppen und Kampfhandlungen, aber mit Waffenlieferungen, Wirtschafts- und Energiekrieg, Propagandakrieg. Für die Ukraine und gegen Russland. Dieses Kriegspartei-Sein ist seither Substanz aller Politik des Machtblocks, Substanz aller durch ihn geprägten gesellschaftlichen Entwicklung und aller Debatten darüber. Flucht aus dieser Substanz ist nicht möglich.

Die Alternative – und im doppelt mahnen- den Angesicht sowohl der verheerenden, 27 Millionen sowjetische (russische und ukrainische, weißrussische, estnische, lettische, litauische, kasachische, usbekische, armenische, jüdische und viele andere) Menschenleben fordernde Zerstörung der Sowjetunion durch deutsche Truppen in den Weltkriegsjahren 1941-1943 als auch und v.a. der täglich wachsenden Gefahr der Eskalation des Krieges zum Weltkrieg die einzig sittliche – wäre gewesen, schon vor dem russischen Überfall am 24. Februar 2022 und erst recht seither alle nur denkbare Kraft für Verhandlungen, Waffenstillstand und Frieden zu mobilisieren, also: Vermittler zu sein statt Partei, um diesen Krieg zwischen zwei damals im Kampf zur Befreiung der Sowjetunion und ganz Europas vom deutschen Faschismus vereinten Völkern zu verhindern.

Aber darüber hat es nie eine öffentliche Beratung gegeben. Die Entscheidung ist ohne Befragung der Bevölkerung getroffen worden. Und auch *Die Linke*, die sich in ihrem wichtigsten, eigentlich der Selbstvergewisserung dienenden Gedenkritual alljährlich an den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – den von der Konterrevolution am 15. Januar 1919 ermordeten Lichtgestalten der ‚Krieg-dem-Kriege‘-Position – versammelt, hat sich in tragischer Ausschlagung dieses Erbes nicht dafür entschieden, für die

genannte Alternative zu kämpfen, sondern stattdessen mit dem Kriegspartei-Sein des Machtblocks verbunden.

Damit hat sie sich in Gefangenschaft aller mit diesem Kriegspartei-Sein verbundenen ideologischen Konstruktionen einschließlich des Geschichts- und Zukunftsbildes des Machtblocks begeben, und sie wird von einem großen Teil der mit der Entwicklung Unzufriedenen und durch sie zutiefst Verunsicherten auch genau auf diese Weise wahrgenommen: als Teil des Herrschaftssystems – und nicht als eine das Ganze in Frage stellende, also ‚Krieg dem Kriege‘ fordernde sozialistische Opposition.“

Und nun?

Es liegt unübersehbar vor unser aller Augen: Die Kriege der Gegenwart und Zukunft sind nicht gewinnbar. Sie vernichten ungezählte Menschenleben, zerstören Häuser und Städte, Fabriken und Kulturstätten, machen Landschaften unbewohnbar, zerfressen Gesellschaften, produzieren Hunger, Elend und Massenflucht, führen alle Anstrengungen zur Bewältigung des Klimawandels und zur gemeinsamen Nutzung der Naturressourcen ad absurdum, vertiefen die Klüfte, die die Menschheit in Arm und Reich spalten – und wofür? Womit wäre das alles je zu rechtfertigen? Welche „Werte“ sind es wert, so „verteidigt“ zu werden?

Aufrüstung – das ist das uralte Einmaleins aller Kriegsgeschichte – dient weder dem Frieden noch dem Leben, sondern ausschließlich denen, die an ihr verdienen. Die Rede von der

„Kriegstüchtigkeit“ hat keine andere Funktion als die, die Zustimmung der Bevölkerung zur Verschlechterung ihrer eigenen Lebenslage zu erlangen und die Bereitschaft zu erzeugen, willfährig in den Krieg zu ziehen.

Ich kann meiner Partei nur empfehlen, sich der Komplexität und des Fundamentalen der notwendigen Entscheidungen bewusst zu werden. Schon die kleinste Zustimmung zur mit der „Kriegstüchtigkeit“ verbundenen Idee, „die Lage“ erfordere, dass – wie im Jahre 1914 der deutsche Kaiser Wilhelm II. vermeinte – es „keine Parteien“ mehr gebe, ergo: die „nationale Einheit“ geschmiedet werden müsse, bildet eine unüberwindbare Schranke für alle Forderungen, die die Partei an anderer Stelle erhebt. Bezahlbares Wohnen; bezahlbare Gesundheitsvorsorge, Behandlung und Pflege; Kultur und Bildung für alle; kulturelle Vielfalt; nachhaltiger Klimaschutz; funktionierender öffentlicher Nahverkehr – all das ist mit der in Gang gesetzten Aufrüstung nicht vereinbar. Die so lange schon versprochene Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West – sie rückt in weite Ferne. Desgleichen eine würdige Gestaltung der Migrationspolitik.

Die „Kriegsertüchtigung“ ist ein Kurs ohne Perspektive oder gar Vision. Wohin geht die Gesellschaft, welche Ziele öffnen sich den heranwachsenden Generationen? Ist irgendwo von dauerhaftem Frieden die Rede und von den dafür notwendigen kollektiven Friedens- und Sicherheitsstrukturen? Gibt es ein Sondervermögen für Friedenserziehung, Friedensbildung, Feindbildabbau, internati-

onalen Jugendaustausch weit über die Grenzen der Europäischen Union hinaus?

Meine Partei muss ihren eigenen Kompass finden. Mit Blick nicht nur auf die fälschlich als „Europa“ sich bezeichnende Europäische Union, sondern auf die ganze Welt.

Zum Weiterlesen:

Ingar Solty, *Innere Zeitenwende. Die Militarisierung von Deutschlands Gesellschaft und Alltagskultur. Eine Flugschrift*, Hamburg, VSA 2026

Klaus Weber, *Kampfblatt des autoritären Liberalismus. Die Frankfurter Allgemeine als Wegbereiterin von „Kriegstüchtigkeit“*, Hamburg, VSA 2025, darin ein Gastbeitrag: Wolfram Adolphi, *Der Bellizismus als Faschisierungstreiber*

Wolfram Adolphi, *DIE LINKE und der Frieden. Wo bleibt das „Krieg dem Kriege“?*, in: *Das Argument*, Heft 340, Hamburg 2023, S. 213-227. – Das Heft trägt den Titel „Ukraine-Krieg – Weltordnungskrieg. Fronten, Folgen, Formen – Eine Zwischenbilanz“ und vereint (in der Reihenfolge der Artikel) folgende Autorinnen und Autoren: Antje Vollmer, Nathalie Weidenfeld, Christoph Türcke, Peter Wahl, Susan Watkins, Anuradha Chenoy, John. P. Neelsen, Klaus Dörre, Vladimiro Giacché, Wolfgang Streeck, Jason W. Moore, John Bellamy Foster, Alexej Gromyko, Norman Paech, Erhard Crome, Johannes Klotz, Wolfram Adolphi, Wolfgang Fritz Haug.

Wolfram Adolphi,
Journalist, Autor, Politikwissenschaftler

Schlafwandelt die EU in den Atomkrieg?“

Veranstaltung vom 26.05.2026 in Berlin

Ich danke dir lieber Michael und Ruth Firmenich für die Einladung, heute auf dieser wichtigen Veranstaltung zu sprechen – einer Veranstaltung, die wirklich am Puls der Zeit ist. „Schlafwandelt die EU in einen Atomkrieg?“ – so lautet der Titel unserer heutigen Diskussion. Für die deutsche Bundesregierung muss man noch deutlich schärfer formulieren: Riskiert Berlin einen Atomkrieg gegen Russland in Europa? Ich möchte im Folgenden darlegen, warum ich der festen Überzeugung bin, dass wir hier ein ungeheuerliches Vabanque-Spiel der Bundesregierung erleben.

Meine beiden Vorredner, Professor Theodor Postol und Dr. Ivana Nikolic Hughes, haben den Rahmen der wachsenden Atomkriegsgefahr in Europa bereits eindrücklich beschrieben. Nach dem Ende des Kalten Krieges ging die

NATO-Erweiterung von 16 auf inzwischen 32 Mitglieder einher mit der schrittweisen Kündigung von Abrüstungsverträgen und dem Versuch der USA, einen Atomkrieg in Europa wieder führbar zu machen.

Dazu gehören der Aufbau einer Raketenabwehr ebenso wie die Schaffung eigener Raketenkapazitäten, die einen Enthauptungsschlag gegen den erklärten Gegner ermöglichen sollen. Die Stationierung amerikanischer Raketen wurde seinerzeit mit der russischen Iskander-Aufstellung begründet – eine vollkommen untaugliche Rechtfertigung. Denn den russischen Iskander-Raketen mit einer Reichweite von etwa 500 Kilometern stehen amerikanische Systeme mit bis zu 2.000 Kilometern gegenüber. Zudem war die Iskander-Stationierung eine Reaktion auf den Aufbau des US-Raketenschildes in Polen und Rumänien, dessen angebliche Ausrichtung gegen den Iran in Washington selbst niemand ernsthaft geglaubt hat.

Die Verschiebung der US-Raketenstationierung auf 2026 ist keine echte Entwarnung. Nicht nur, weil die Möglichkeit weiter besteht,

sondern weil sich im Schatten dieser vorläufigen Verschiebung eine vielleicht sogar noch dringlichere Bedrohung für die Menschen in Europa und besonders in Deutschland zusammenbraut.

Die Bundesregierung hat Deutschland in die erste Reihe des NATO-Stellvertreterkrieges gegen Russland in der Ukraine katapultiert. Nachdem sich die USA weitgehend aus der Finanzierung zurückgezogen haben, ist Deutschland inzwischen zum Hauptfinanzier der Ukraine geworden.

Im Rahmen der NATO-Arbeitsteilung soll Deutschland Russland binden, während die USA sich im Nahen Osten – wo wir heute



Morgen erneut von neuen Angriffen auf den Iran hören – und gegenüber China engagieren. Diese Angriffe auf den Iran sind ein schwerer Völkerrechtsbruch, **den wir von dieser Stelle aus unmissverständlich verurteilen müssen.**

Bereits jetzt riskiert die Bundesregierung mit ihrer Politik der bilateralen Kriegs- und Rüstungspartnerschaft mit der Ukraine nichts Geringeres als einen direkten Atomkrieg mit Russland. Deutschland hilft nicht nur, russische Zivilisten zu töten, sondern nimmt auch gezielt die kritische Infrastruktur in Russland ins Visier. **Wie lange soll das noch gut gehen, ohne als direkte Kriegsbeteiligung gewertet zu werden?**

Man kann noch so lange argumentieren, man unterstütze die Ukraine nur bei der Verteidigung – irgendwann zählt allein die Realität. Gleichzeitig öffnen die NATO-Anrainerstaaten wie die baltischen Staaten und Finnland offenbar ukrainische Drohnenangriffe auf Russland, wenn sie diese nicht sogar aktiv fördern. Damit bringen sie auch NATO-Mitglieder wie Deutschland unmittelbar in Gefahr – wahrscheinlich sogar wissentlich, weil man glaubt, den Krieg in der Ukraine nur noch durch seine totale Ausweitung gewinnen zu können.

Die Bundesregierung hat sich eine US-hörige Militärstrategie zu eigen gemacht, deren Ziel es ist, Deutschland bis 2039 zur größten konventionellen Militärmacht Europas zu machen. Abgesehen von der magischen Jahreszahl ergibt sich dabei ein entscheidendes Dilemma: Deutschland will als konventionelle Macht Russland herausfordern – ein Land, das Atommacht ist.

Wie soll das funktionieren?

Das Fragen nicht nur Militärstrategen.

Falls das nicht purer Wahnwitz ist – was steckt dann hinter diesem Ansinnen von Friedrich Merz, Lars Klingbeil und Boris Pistorius? Geht es vielleicht doch darum, Deutschland strategisch als Führungsmacht in Europa zu positionieren, um in die Lücke zu springen, die die USA hinterlassen? Wir sehen derzeit im Iran, dass eine konventionelle Macht Angriffen zweier Atommächte standhalten kann – vor allem durch den Einsatz moderner Deep-Strike-Waffen wie Raketen und Drohnen. Die Revolutionierung der Kriegsführung gibt konventionellen Mächten neue Möglichkeiten, Atommächte herauszufordern. Für Europa jedoch sind die Planungen der Bundesregierung, die Atommacht Russland konventionell herauszufordern, ein Ritt auf Messers Schneide. Um die von den USA vorgegebene Arbeitsteilung in der NATO umzusetzen, ist die Bundesregierung bereit, alles zu riskieren. Ich

halte das für zutiefst verantwortungslos.

Bundeskanzler Merz und seine SPD-Getreuen müssen dringend abgelöst werden, um Schlimmeres zu verhindern. Zentraler Bestandteil der neuen deutschen Militärdoktrin ist der Erwerb von Abstandswaffen bei gleichzeitiger Anschaffung einer soliden Raketenabwehr. Sollten die geplanten Einkäufe amerikanischer Tomahawk-Raketen scheitern, wird Deutschland seine eigene Raketenrüstung noch schneller vorantreiben.

Dabei setzt Berlin auch auf eine enge Rüstungs- und Kriegspartnerschaft mit der Ukraine, um rasch Kapazitäten für Schläge tief im Hinterland des erklärten Feindes aufzubauen. Auch die Modernisierung deutscher Lenkwaffen wird massiv vorangetrieben. Der Taurus Neo wäre die ideale Waffe, um russische Bunkerstellungen der Atomstreitkräfte anzugreifen. Parallel dazu plant Deutschland eine massive Aufrüstung seiner Satellitenkapazitäten – allein 35 Milliarden Euro sollen in den nächsten Jahren in die Weltraumrüstung fließen. Das alles ist brandgefährlich und wahnsinnig teuer. Nur eine kurze Nebenbemerkung: Um diese Kriegsvorbereitungen zu finanzieren, greift die Bundesregierung tief in die Taschen der Bürger. Alles, was die Arbeiterbewegung in 150 Jahren erkämpft hat – Rente, gute Gesundheitsversorgung, kostenlose Bildung –, droht von dieser Regierung zerschlagen zu werden.

Dieser soziale Krieg zur Finanzierung der Aufrüstung verdient unseren entschlossenen Widerstand.

Zur Erhöhung der Atomkriegsgefahr gehört auch die in Deutschland geführte Debatte über die eigene Beschaffung von Atomwaffen.

Das wäre nach der Raketenrüstung die letzte große Hegung aus der Niederlage des deutschen Faschismus, die die Träumer eines neuen deutschen Militarismus schleifen wollen. Jenseits von Debatten über nukleare Teilhabe innerhalb Europas zielen führende Vertreter der Regierungskoalition wie Jens Spahn letztlich auf eigene deutsche Atomwaffen ab. **Schon die Diskussion darüber verbietet sich völkerrechtlich, denn der Besitz von Atomwaffen ist für Deutschland im Zwei-plus-Vier-Vertrag ausgeschlossen.** Doch offenbar hat man sich die Methode der NATO-Lügen bei der Osterweiterung abgeschaut.

Obwohl der Vertrag schriftlich fixiert ist, zeigt man, dass man sich nicht mehr daran gebunden fühlt. Die russischen Soldaten sind weg, alles wurde unterschrieben – jetzt verletzt man den Zwei-plus-Vier-Vertrag auch in anderen Punkten, etwa durch die Etablierung

eines NATO-Hauptquartiers in Rostock, das nur nicht so heißen darf. Wer verhindern will, dass Deutschland einen Atomtod riskiert, der muss sich diesem Bruch des Zwei-plus-Vier-Vertrags entgegenstellen und den deutschen Großmachtplänen, die von den USA unterstützt werden, entschieden widersetzen.

Man könnte fragen: Liegt es vielleicht im Interesse der Trump-Administration, ihren „Hund von der Leine zu lassen“?

So schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: Man etabliert eine ewige Feindschaft zwischen Deutschland und Russland und verbessert damit die eigene geopolitische Lage, während man gleichzeitig Kapazitäten frei bekommt, um den eigenen Niedergang durch verstärkte Aktivitäten in West- und Ostasien aufzuhalten. Das Spiel mit der Raketenstationierung ist insgesamt ein Spiel mit dem Feuer. Mit einer Frühwarnzeit von nur drei bis vier Minuten öffnet man bei Fehlalarmen Tür und Tor für Katastrophen. Mein Appell lautet deshalb: Lasst uns gemeinsam Front machen gegen diese gefährliche Raketenstationierung – egal ob es sich um US-Raketen in Deutschland oder um deutsche Raketen handelt, die auf Russland gerichtet sind. Reden wir stattdessen mit Russland über Abrüstung. **Frieden durch Dialog** muss wieder auf die Tagesordnung! Wie unverantwortlich die Regierung Merz agiert, zeigt auch der Vorschlag, die Ukraine möglichst schnell in die EU aufzunehmen. Dann würde die Beistandsklausel nach Artikel 42 Absatz 7 greifen und wir wären de facto im Krieg mit Russland. Als Beistand würde die Bundesregierung dann vermutlich auch den Abschuss deutscher Raketen auf russische Kommandostellen betrachten.

Wer so etwas vorschlägt, hat den Verstand verloren und reiht sich ein in die apokalyptischen Fantasien seiner Großväter und ihre kolonialen Ambitionen eines Krieges gegen Russland. Selbst innerhalb der NATO ist Merz der Scharfmacher schlechthin. Während Kanada und Frankreich die Überweisung von 0,25 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung innerhalb einer NATO-Regelung verweigern, stimmt die Regierung Merz zu, jährlich 12 Milliarden Euro aus Deutschland zu überweisen. Wir müssen die Illusionen beenden. Der Westen – allen voran Deutschland – ist dabei, einen Atomkrieg gegen Russland mit konventionellen Mitteln zu riskieren. Wir müssen diesen Protagonisten und ihren neuen V2-Wunderwaffen in den Arm fallen, bevor es zu spät ist. Wir wollen keinen Krieg mit Russland. Wir wollen Frieden mit Russland.

*Redebeitrag von Sevim Dagdelen,
Publizistin und BSW-Außenexpertin*



Zum Kampf um die Erhaltung des Friedens gibt es keine Alternative



Friedenskonferenz zu „Parlamentarische Demokratie und Friedensfrage“

Organisiert durch die Marx-Engels-Stiftung Wuppertal e.V. und den RotFuchs-Förderverein fand am 27. Juni in Leipzig eine Friedenskonferenz zum Thema „Parlamentarische Demokratie und Friedensfrage“ statt. Das Anliegen der Konferenz bestand in einer Analyse über den Doppelcharakter der parlamentarischen Demokratie zur Frage Krieg oder Frieden, über die aktuelle Situation eines akut drohenden 3. Weltkrieges und die Rolle der Regierenden der BRD in diesem Prozess sowie zu der Notwendigkeit eines aktiven Friedenskampfes. Der Einladung waren u.a. Dr. Matthias Werner, Präsident des OKV, Gerhard Fuchs Kittowski, Präsident des Deutschen Friedensrates, Gabriele Parakeninks, Mitglied des Vorstandes RotFuchs, Hans Bauer, Vorsitzender der GRH, Joachim Bonatz, Vorsitzender der ISOR, Bernd Mewes, Mitglied des Vorstandes der Friedensglockengesellschaft Berlin, Herbert Münchow, DKP Leipzig, Mike Nagler KPD Leipzig sowie viele Mitglieder der SDAJ Leipzig gefolgt. An der mehrstündigen Konferenz nahmen ca. 60 Personen teil.

Die Impulsreferate wurden durch Prof. Ekkehard Lieberam und Dr. Manfred Sohn gehalten. Dr. Sohn sprach zu „Parlamentarismus, Faschismus, militärisch-reaktionärer Staats- und Gesellschaftsumbau – Skizzen der Kriegstüchtigkeit“. Der Vortrag zeigte ausgehend von der 500-jährigen Geschichte des Missbrauchs der parlamentarischen Demokratie für Kriege, Kolonialismus und Unterdrückung der Menschen, dass in der Gegenwart die westlichen Staaten die parlamentarische Demokratie erneut missbrauchen, um einen 3. Weltkrieg vorzubereiten. Die BRD betreibt in ihrer inneren Entwicklung und in ihrem außenpolitischen Wirken durch Hochrüstung, zunehmende Militarisierung, sozialen Kahlschlag und schrittweise massiven Abbau der im Grundgesetz garantierten bürgerlichen und freiheitlichen Rechte aktiv diesen Kurs. Die Gesellschaft wird zur umfassenden Kriegsvorbereitung, einem massiven Ausbau der Rüstungsindustrie, einer Kriegsertüchtigung der Bevölkerung und durch einen begleitenden Sozialkahlschlag umgebaut. Repressive Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner begleiten diese Entwicklung. Sie vollzieht sich scheinbar antifaschistisch und hinter der Brandmauer zur AfD.

In seinem Vortrag „Globaler Bellizismus – warum so wenig Widerstand“ wies Prof. Lieberam

auf drei Schwerpunkte hin. Erstens: Merkmale der heutigen globalen Situation aus friedenspolitischer Sicht. Zweitens: Probleme angesichts einer Kriegspolitik, die von „demokratischen Verfassungsstaaten“ betrieben wird. Drittens: Aufgaben und Grundsätze: Wie steht es um den Widerstand? In den nachfolgenden Aussagen hob er hervor, dass Krieg als Mittel der Politik wieder präsent ist und nicht mehr geächtet wird, die militärische Macht in der Außenpolitik der westlichen Staaten eine zunehmende Rolle spielt, die Rüstungsausgaben in diesen Staaten explodieren, Deutschland mit Frankreich und den anderen europäischen Staaten um die führende Rolle bei der militärischen Konfrontation mit Russland streitet und die wichtigste Ursache für die Kriegstreiberei das Setzen auf Hochrüstung bei sinkenden Profitraten, Stagflation und Deindustrialisierung ist.

Der Umbau des Staates wird vollzogen, ohne dass eine faschistische Massenbewegung erforderlich ist. Ausdruck dafür sind eine entfesselte Kriegshetze gegen Russland als Begründung für die globale Zeitenwende, die Ausweitung der NATO bis an die Grenzen der Russischen Föderation, die Ablehnung vielfältiger Vorschläge Russlands, den Frieden in Europa dauerhaft zu sichern, (Verweis u.a. auf die Rede Putins am 25.09.2001 im Bundestag) und die unmittelbare Vorbereitung eines Krieges gegen Russland. Eine Mitverantwortung der NATO an der Eskalation der Situation wird verleugnet. Russische Sicherheitsinteressen werden missachtet. Der Bevölkerung werden Hochrüstung und Kriegstreiberei als Kampf für Menschenrechte und Demokratie verkauft. Es droht kein neuer Faschismus, es droht eine Kriegspolitikerkaste. Die parlamentarische Demokratie ist bürgerliche Demokratie zur Kriegsvorbereitung. Sie geht einher mit Zunahme des Bellizismus und sozialen Kahlschlag. Die Herrschenden können sich eher den Untergang der Menschheit vorstellen als den Untergang ihrer Herrschaft. Historisch ist, dass erstmals die Aufrüstung ausnahmslos über Kredite finanziert wird.

Ausgehend von dieser besorgniserregenden Entwicklung ist es notwendig, dieser entschieden entgegenzutreten. Der Kampf um den Frieden ist revolutionär, so der Redner. Es geht um die Durchsetzung veränderter politischer Kräfteverhältnisse, vor allem um die Gewinnung der Gewerkschaften für den Friedenskampf. Es geht um die Beseitigung struktureller, gesellschaftlicher Ursachen für den heutigen Kriegskurs. Es geht um den Kampf gegen die mentale Militarisierung, gegen die Lüge von der Bedrohung durch Russland. Frieden mit Russland ist Voraussetzung für Frieden in Europa. Prof. Lieberam wies darauf hin, dass unser vorrangiges Anliegen eine Welt ohne Krieg sein muss. „Wir dürfen nicht akzeptieren, dass fast 100 Jahre nach seiner völkerrechtlichen Ächtung der Krieg wieder als Mittel

zur Lösung politischer Probleme gilt.“

In der Diskussion und in den Anfragen an die beiden Referenten wurde ihre Analyse bestätigt. Diskussionsbeiträge wurden von den genannten Vertretern der Parteien, Vereine und Organisationen gehalten. Alle Redner betonten die aktuelle Gefahr des Ausbruchs eines Weltkrieges, die Notwendigkeit, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften, diese Gefahr abzuwenden und den Frieden sicherer zu machen. Es wurde die Überzeugung und Zuversicht zum Ausdruck gebracht, dass es möglich ist, einen 3. Weltkrieg durch das einheitliche und geschlossene Handeln und die Mobilisierung aller Friedenskräfte zu verhindern. Es ist wichtig, die Massen aus ihrer Handlungsstarre aufzuwecken und für den Friedenskampf zu motivieren und zu mobilisieren. Wir brauchen einen festen Klassenstandpunkt und eine eindeutige Haltung zum Friedenskampf. Die Kriegsabwehr geht nur über Bündnisse der Friedenskräfte. Der Arbeiterklasse kommt dabei eine bedeutende Rolle zu. In der Diskussion wurde auch hervorgehoben, dass die Nichtbewältigung der Entnazifizierung in der BRD als eine der Ursachen der Kriegstreiberpolitik der BRD ist, von der Regierung der BRD die größte Gefahr der Missachtung der Persönlichkeitsrechte ausgeht und sich antidemokratische Entwicklungen verstärkt in der parlamentarischen Demokratie vollziehen. Besondere Anerkennung gab es für die Durchführung der Schülerstreiks gegen die Wehrpflicht. Die Konferenz stellte fest, dass diese Bewegung für den Friedenskampf und die Zurückdrängung der Kriegsvorbereitung notwendig ist und einheitlich organisiert und abgestimmt mit anderen von der Wehrpflicht bedrohten jungen Bürgern dieses Landes weiter fortzusetzen ist.

Joachim Bonatz stellte in seinem Beitrag ISOR als Sozialverein, der sich für die sozialen Rechte der Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR, insbesondere für das Rentenrecht einsetzt, vor und verwies auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Kriegspolitik, Hochrüstung und Sozialabbau. Deshalb ist es erforderlich, Friedenskampf und Kampf gegen Sozialabbau miteinander zu verbinden. Friedenskampf ist zugleich Kampf für soziale Gerechtigkeit. (Der Beitrag wird auf der Internetseite der ISOR e.V. veröffentlicht.)

Die Konferenz gab eine umfassende und tiefgründige Einschätzung der Situation Krieg oder Frieden wieder. Sie ließ keinen Zweifel daran, dass der zunehmenden Gefahr eines 3. Weltkrieges die Kraft der Friedenswilligen, organisiert in Parteien, Organisationen und Vereinen entgegen zu stellen ist. Mit Optimismus, der Überzeugung, den 3. Weltkrieg verhindern zu können, und dem Willen der Teilnehmer, ihren Friedenskampf weiter fortzusetzen, endete die Friedenskonferenz mit großem Erfolg.

Gerald Böhm, Stellv. Vorsitzender



Sommerfest der TIG Suhl



Am 03. Juli 2026 fand ab 14.00 Uhr das Sommerfest der TIG Suhl auf dem Gelände der Volkssolidarität Suhl statt, an dem vierzig ISOR-Mitglieder einschließlich Ehepartner teilgenommen haben.

Das Wetter war ideal, keine Hitze mehr und auch kein Regen.

Vorstandsmitglied Herbert Ullrich eröffnete das Zusammentreffen und begrüßte die Teilnehmer. Er sprach von einem Treffen Gleich-

gesinnter, die während ihrer Tätigkeit im MfS dem Klassengegner gegenüberstanden, wobei die große Einsatzbereitschaft zu Lasten der Familien gegangen wäre. Nach der Wende hatten wir uns nicht verbogen und werden auch weiterhin unseren Weg fortsetzen. Noch habe ISOR über 4000 Mitglieder, die ihren Kampf gegen das Rentenstrafrecht weiterführen werden, auch wenn wir die „Prügelkneben der Nation“ seien.

Der Vorstand der TIG spreche allen den Dank für ihre Treue aus. TIG Vorsitzender Jochen Gladitz überreichte Herbert Ullrich die ihm beim Treffen der Thüringer ISOR-Vorsitzenden in Tunzenhausen am 24. Juni 2026 verliehenen Ehrenurkunde unseres Verbandes.

Gegen 15.00 Uhr begrüßte Vorstandsmitglied Wolfgang Tanner den Oberst a.D. der ehemaligen BDVP Suhl Manfred Heller, der seit der Wende als Alleinunterhalter tätig war und mit seinem etwa zweistündigen Programm für Unterhaltung sorgte. Dieser sagte eingangs, er habe im Herbst 1990 seinen Dienst als Volkspolizist quittiert da er keine Chan-

ce auf Übernahme sah und mit erhobenem Haupt gegangen wäre. In seinem reichhaltigen Programm von Volksliedern durfte auch das Rennsteiglied von Herbert Roth nicht fehlen und alle sangen die „Thüringer Hymne“ lautstark mit. Das von Manfred Heller verfasste Friedenslied „Was bewegt uns?“ war ein Höhepunkt seines Auftritts.

Zur weiteren Festigung der Beziehungen der TIG Suhl mit dem BSW Thüringen wurde die Begrüßungsrede der Vorsitzenden Katja Wolf vom 05.06.2026 in Suhl anlässlich einer zentralen BSW-Veranstaltung unter den Anwesenden verteilt.

Mit von den Frauen unserer TIG selbstgebackenen Kuchen ist die Kaffeerrunde gestaltet worden und die Vorstandsmitglieder Peter Neupert und Peter Merk zeigten ihre Kunst als Grillmeister, so dass die traditionelle Thüringer Rostbratwurst ein kulinarischer Höhepunkt wurde.

Alle Teilnehmer schätzten unser Treffen als sehr gelungen ein, was zur Stärkung unserer Kampfgemeinschaft beigetragen hätte.

Wolfgang Tanner

Gemeinsame AG Solidarität und Betreuung

Was ist über die geplante und kurz vor dem Anschluss stehende Pflegereform bekannt?

Wir hatten in unserer kurzen Zusammenfassung vom 22.01.2026 bereits über bis dahin bekannte mögliche Konsequenzen für Betroffene und Angehörige informiert. Sie lassen nichts Gutes erwarten, weil sich schon jetzt eine klare Entwicklung abzeichnet:

- strengere Kriterien für Pflegebedürftigkeit (in niedrigeren Pflegegraden könnte es schwerer werden, Leistungen zu erhalten)
- später greifende finanzielle Zuschüsse im Pflegeheim (bedeutet, Entlastungen für den Eigenanteil sollen erst nach längerer Aufenthaltsdauer steigen)
- steigende finanzielle Belastung im Heim (Familien könnten länger höhere Eigenanteile tragen müssen)
- steigender wirtschaftlicher Druck auf Pflegedienste (bei der chronischen Personalknappheit könnte der Erhalt von Pflegeleistungen schwieriger werden).

Nach aktuellen Berichten sollen Zuschläge erst später greifen, wodurch sich die finanzielle Belastung besonders in den ersten Jahren im Heim erhöht.

Warum verunsichert diese „Reform“ Angehörige und Betroffene? Sie betrifft 2 zentrale Punkte:

1. Zugang zu Leistungen.

Wenn Pflegegrade schwerer zu erreichen sind, bedeutet das weniger Unterstützung

2. Kosten der Versorgung.

Wenn Pflegeheime teurer werden, steigt der finanzielle Druck auf Familien. Der Eigenanteil steigt in diesem Jahr

- bereits auf durchschnittlich 3245 Euro im ersten Aufenthaltsjahr.
- Pflegeheime sind schon jetzt oder werden zur Armutsfalle. Zuletzt gab es
- bereits Diskussionen, den Pflegegrad 1 abzuschaffen. Eine mögliche
- erschwerte Einstufung hat denselben Effekt, ist aber weniger offensichtlich.

Da es bei steigendem Arbeitsdruck immer schwieriger wird, Fachkräfte zu gewinnen, bzw. zu halten, stoßen die ambulanten Pflegedienste an Kapazitätsgrenzen. Schon gibt es Ablehnungen und längere Wartezeiten. Damit werden die Anforderungen an die Familien steigen, die Pflege zu Hause zu organisieren. Es ist deshalb ratsam, bei Bedarf rechtzeitig die Kombination von ambulantem Pflegedienst, Angehörigen und Alltagsbegleitung ins Auge zu fassen.

Damit kann der tägliche Pflegeumfang strukturiert gewährleistet werden, auch wenn endgültige Entscheidungen noch ausstehen. Die Richtung, in die es sich entwickelt, ist klar genug, um sich den Umständen entsprechend, so gut es geht frühzeitig darauf vorzubereiten und vor allem zu planen. Wir sind uns natürlich darüber im Klaren, dass erst die abschließende Fassung der so genannten Reform vorliegen muss, um über konkrete Sachverhalte und damit zusammenhängende Fragen und Antworten zu informieren.

Sicher ist, die Pflege zu Hause rückt stärker in den Focus und damit eine weitere Belastung der Angehörigen. Konkret geht es darum, dass steigende Löhne als Kostentreiber nicht mehr automatisch wie bisher von den Krankenkassen übernommen werden. Das hat zur Folge, dass bei steigenden Personalkosten und Schwierigkeiten bei der Finanzierung die Pflegedienste bei der Qualität der Versorgung Einschnitte vornehmen könnten.

Abschließend noch einige Bemerkungen zu Sachverhalten, die wir nur schlagwortartig ergänzen können, weil uns noch nicht bekannt ist, wie die Entscheidungen dazu getroffen werden. • Es geht um den erschwerten Einstieg in das Versorgungssystem durch die Anhebung der Zugangshürde zu den Pflegegraden; • um verminderten Leistungsanspruch zeitlich begrenzt in den ersten Monaten; • um die Diskussion über den Wegfall des Entlastungsbetrages bei neuer Einstufung in Pflegegrad I; • um Streichung der Rentenpunkte für pflegende Angehörige mit Vollrente; • um Vereinfachung des von vielen als zu komplex und zu kompliziert wahrgenommenen Leistungsrechts der Pflegeversicherung.

Unsere Arbeitsgruppe wird sich weiter mit dem Thema befassen, um unsere Mitglieder möglichst rechtzeitig darüber zu informieren und ihnen zu helfen, auftretende Probleme zu lösen bzw. dafür sachkundige Hilfe zu organisieren

Günter Seidel, Florian Münter

Lesermeinung: im Kampf um Rentengerechtigkeit

Guten Tag, Anja, die Vertreterkonferenz ist vorbei und die strategische Ausrichtung der ISOR als Sozialgemeinschaft gesetzt. Es ist unstrittig, mehr als drei Jahrzehnte Kampf um die Anerkennung einer Lebensleistung hat die Bundesregierung mit ein paar Federstrichen weggewischt. Wir, die ehemaligen Angehörigen des MfS gehören zu dem Teil der Beitragszahler auf deren Rücken die Bundesregierung die strukturellen Lebenslügen des Sozialsystems in der Zukunft angeht. Das ist eine besonders bittere Ungerechtigkeit, weil jeder Einzelne von uns zu DDR-Zeiten mit seinen gehaltsabhängigen Einzahlungen für das Alter vorgesorgt hat. Nach dem Willen des „Gesetzgebers“ erleben wir heute ein bürokratisches Strafsystem. Der einzige Weg, um diesem zu entkommen, ist die Aufmerksamkeit der Rentenkommission der Bundesregierung und der unabhängigen Kommission der Gewerkschaften. Die proklamiert mit einem riesigen Medienaufgebot Verlässlichkeit. Doch ihr Rentenpaket II hinterlässt nicht nur in unseren Reihen ein Gefühl der tiefen Frustration.

Solange es der ISOR nicht gelingt, unseren Rechtsanspruch in deren Beratungen und Konzepten sichtbar zu machen, bleibt es auch für uns kein großer Wurf, sondern ein mutloser Offenbarungseid. Darüber besteht ein akuter Gesprächsbedarf, der bei Ausbleiben in kurzer Zeit in Müdigkeit umschlagen wird. Die Frage ist, nachzuweisen, wo und wie die Politik die schützende Hand über das große Kapital hält und die arbeitende Mitte (auch ehemals MfS) als unerschöpflichen Geldgeber missbraucht. Ohnehin schwindet das Vertrauen in die soziale Gerechtigkeit dieses Landes endgültig. Es bleibt dabei: 1 Entgeltpunkt ist nicht akzeptabel.

Liebe Anja, am 04.06.26 hat Generalmajor a.D. Heinz Engelhardt in Neustadt-Glewe in einem Vortrag über das Ende des DDR-Geheimdienstes gesprochen. Der Veranstalter bewarb die Vorbereitung zu diesem Ereignis wie folgt: „Niemand steckte so tief im DDR-Geheimdienst wie Heinz Engelhardt. Er ist ein Zeitzeuge, der bisher schwieg. Nach über dreißig Jahren lüftet er letzte Geheimnisse des DDR-Geheimdienstes. Er wurde von der DDR-Regierung beauftragt, das MfS aufzulösen. Unter seiner Regie wurden Anfang 1990 zehntausende hauptamtliche Mitarbeiter abgewickelt und mindestens so viele Inoffizielle.“ Frage: Wie hat ISOR dieses Wissen im Kampf um Rentengerechtigkeit genutzt? Was ist seit dem Schreiben unseres Vorsitzenden in 2025 an den Bundeskanzler in Richtung der „Rentenmacher“, der Rentenkommission Bund, in dieser Richtung passiert?

Herzliche Grüße

TIG QLB / Lehmann/ Rössler, QLB, 26.05.26

Liebe Gen. Lehmann und Rößler,

herzlichen Dank für die Lesermeinung vom 26.06.2026, die Ihr bitte auch den Genn. und Gen. der TIG, verbunden mit den herzlichen Grüßen ausrichten möchtet. Es freut uns, dass ihr die Möglichkeiten nutzt, die wir haben und bieten – u.a. des Vortrages von Gen. Heinz Engelhardt.

Zunächst zur Aussage „Die letzten Geheimnisse des MfS“. Hier ist sicher Gen. Heinz Engelhardt nicht richtig interpretiert worden. In unserem Ministerium gab es den Grundsatz, dass jeder nur alles das umfangreich wissen musste, was er für seine Arbeit benötigte. Dieser Grundsatz wurde von unten bis nach oben umgesetzt. Dafür gab es auch das Stabs-/Linienprinzip. Vieles unserer Geheimnisse wird auch Geheimnis bleiben. Mit dem unwidersprochenen Veröffentlichen Eures Leserbriefes allein in dieser Frage, würden wir bei anderen Mitstreitern aus dem MfS Fragen aufwerfen und unsere Genn./Gen. aus den anderen bewaffneten Organen sowie denen, die an unserer Seite stehen, sehr viel Missmut erzeugen. Deshalb auch das Schreiben.

Zu dem Wesentlichen, dem satzungsgemäßen Ziel des Wirkens um Rentengerechtigkeit. Ihr habt sicher die 80 Seiten der Empfehlung der Rentenkommission gelesen, die Zusammensetzung dieser Kommission z.K. genommen, die Empörung der gesamten Breite der Sozialverbände in Deutschland wahrgenommen, dass diese ausgeschlossen worden sind.

Ja, ich habe im 4. Quartal 2025 den Kanzler angeschrieben und in Siegermanier von ihm eine Antwort erhalten, die wir kommuniziert zusammen mit unserer Nachfrage zu Off-nem. Erwartbar gab es keine Antwort.

Genau Euer Anliegen war Grundlage der Bitte unseres Vorstandes in den Bundesländern, in den Gemeinden (soweit es die Kräfte unserer Genn. und Gen. erlauben) auf dieses Unrecht aufmerksam zu machen. Genau dieses ungestrafte Unrecht ermuntert die Herrschenden aktuell zu dem Rentenpaket welches die zusammengestellten Erfüllungsgehilfen des Streichkonzertes mit ihrer Empfehlung dem Bundestag geben. Sören Pellmann hat zwei Punkte davon herausgegriffen und an Hand der längeren Lebensarbeitszeit sowie der Streichung einer abschlagsfreien Rente nach 45 Arbeitsjahren nachgewiesen, es handelt sich um Rentenkürzungen. In der Anlage dazu meine Kurzfassung.

Ihr seid informiert, wir haben die Rentenpolitischen Sprecher aller Bundestagsfraktionen angeschrieben und suchen, weil uns andere Wege versperrt werden, über diese das Gespräch. Von zwei Parteien haben wir Zusagen, am 10.07.2026 findet ein erstes Gespräch statt, über das wir informieren werden.

Wie gesagt – bitte informiert Eure Genn. und Gen., unternimmt entsprechend unserer Orientierung, Gleiches gegenüber Euren Ansprechpartnern. Falls Ihr dabei Hilfe braucht, schreibt uns.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Bonatz, Vorsitzender

Gedenkaktion „Kerze des Andenkens“ zum 85. Jahrestag des heimtückischen Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion ...

„Kerze des Andenkens“ zum 85. Jahrestag des heimtückischen Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion.

Am 22. Juni 2026 trafen sich um 4:00 Uhr Menschen verschiedener Nationalität am Ehrenmal in Berlin im Treptower Park, um den Opfern der Sowjetunion im 2. Weltkrieg zu gedenken und an der Veranstaltung „Kerze des Andenkens“ teilzunehmen. In seiner Ansprache dankte der Botschafter der Russischen Föderation in Berlin, Sergej J. Netschajew, der Gesellschaft für Deutsch-Russische Freundschaft und deren Helfern für die Organisation dieser Veranstaltung sowie den Teilnehmern, unter Ihnen Vertreter der Offiziere Russlands, der Veteranenverbände der NVA und der Grenztruppen, der Gruppen russischer Gemeinschaften, unserer Kooperationspartner, der Parteien, der friedliebenden gesellschaftlichen Organisationen und Bürger Deutschlands, für ihr Kommen. Diese Veranstaltungen tragen nicht zuletzt dazu bei, die Erinnerung an die Ereignisse des Großen

Vaterländischen Krieges zu bewahren und an kommende Generationen weiterzugeben. Neben dem Botschafter, waren weitere Vertreter der russischen Botschaft und die Vertreter der Botschaft der Republik Belarus anwesend. Der Botschafter wies in seiner Rede darauf hin, dass die ersten Opfer nach dem Überfall auf die Sowjetunion die Menschen in der belorussischen Sowjetrepublik zu beklagen hatten, gefolgt von einem grausamen Vernichtungszug durch die Dörfer und Städte dieser Republik.

Wir bedanken uns bei allen Helfern und Unterstützern, die auch in diesem Jahr in der Nacht ab 1:00 Uhr die Vorbereitungen getroffen haben. Insbesondere bei den Freunden des Motorradclubs „Nachtwölfe“, den Kooperationspartner „Deutsch-Russische Festtage e.V.“ und einzelnen Helfer die jedes Jahr dabei sind, um dieser Gedenkveranstaltung einen würdigen Rahmen zu geben.

*Anja Mewes, Vorstandsmitglied,
friedenspolitische Sprecherin*



Frieden – Wie geht das?

Von Klaus von Dohnanyi und Erich Vad
22,- Euro /
Westend-Verlag /
160 Seiten /
ISBN-13 978-3987913686

Frieden ist das Gegenteil von Hysterie, blindem Aktivismus, Eskalationsrhetorik und Aufrüstungswahn. Er verlangt Klarheit über Risiken, politische Stärke, das Überwinden ideologischer Narrative

und den Mut zum Dialog. In ihrem neuen Buch suchen Klaus von Dohnanyi und Erich Vad nach Wegen aus der Gefahr hin zum Frieden. Sie plädieren für rationalen Gefahrensinn und politische Klugheit – auf der Grundlage eines nüchternen Verständnisses von Geopolitik und Macht. Denn Frieden entsteht durch Augenmaß und Vernunft. Wer Krieg führt, muss den Frieden danach bereits mitdenken s.o. und darf den Gegner vor allem nicht mit jakobinischem Eifer vernichten wollen, wenn er ihn später als Verhandlungspartner braucht. Krieg und Frieden sind, wie Clausewitz festhielt, untrennbar miteinander verbunden.

Aus Amazon

Freundeskreis Kultur- und Bildungsreisen im OKV

Einladung zu unserer Herbstveranstaltung 2026

Wann: Dienstag, 17.11.2026

Wo: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Münzenbergsaal

Beginn: 10:30 Uhr, Einlass ab 10:00 Uhr

Ende: ca. 12:30 Uhr

Wir bereiten folgendes Programm vor:

„No Pasaran!“

Erinnerungen an den 90. Jahrestag der Gründung der Internationalen Brigaden. Texte, Gedichte, Lieder und Fotos aus dem Spanischen Krieg vorgetragen von Mitgliedern des Vereins der Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936 – 1939 e.V., der RotFuchs-Singegruppe u.a.

Dr. Carola Weiß stellt das Reiseprogramm für das Jahr 2027 vor. Reiseflyer liegen aus, Reiseanmeldungen können vorgenommen werden. Wie in den vergangenen Jahren erheben wir für die Teilnahme an der Veranstaltung einen Kostenbeitrag, zahlbar am VA-Tag.

Anmeldung: ab sofort bei der Leiterin des Freundeskreises, Dr. Carola Weiß

Tel. 0173-610 25 12, gbm.dr.weiss@gmail.com

Die Mitglieder und Sympathisanten des Freundeskreises sowie von GRH, ISOR, Sportsenioren, des Fördervereins RotFuchs und weiterer im OKV vertretener Vereine sind herzlich eingeladen.

Carola Weiß

★ ★ ★ TERMINE ★ ★ ★

„Freundeskreis Fliegerehrenmal Syhra“

EINLADUNG

Liebe Genossinnen,
Liebe Genossen,
Liebe Freundinnen,
Liebe Freunde,

Am 19.10.2026 jährt sich der Absturz der zwei sowjetischen Militärflieger nahe der Gemeinde Syhra zum 60. Mal. Mit ihrem Handeln haben sie verhindert, dass ihre brennende MiG 21 U ins Dorf Syhra stürzt. Um diese zu tiefst humanistische Tat zu würdigen plant der „Freundeskreis Fliegerehrenmal Syhra“ ein Treffen am Fliegerehrenmal. **Datum:** Sonntag, den 18.10.2026, **Zeit:** 10.00 Uhr, **Ort:** Fliegerehrenmal Syhra
Zur Teilnahme an dieser Gedenkveranstaltung laden wir alle interessierten Mitglieder der ISOR e.V. herzlich ein.

(Anfahrt aus Richtung Leipzig: A72, Abfahrt Geithain, im Kreisverkehr 2. Ausfahrt Richtung Syhra • Anfahrt aus Richtung Chemnitz: A72,



Abfahrt Geithain in Richtung Altenburg, im Kreisverkehr 3., Ausfahrt Richtung Syhra.)

Bei weiteren Fragen bitte an Reinhard Froberg, Tel. 034341 41265, Handy 015906778754,

E-Mail froberg.geithain@gmx.de wenden

Mit freundlichen Grüßen, Reinhard Froberg
Vorsitzender des Freundeskreises

Vorsitzender: Joachim Bonatz

Postanschrift: ISOR e. V.

Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.

V.i.S.d.P.: Anja Mewes

Redaktion: Steffen Haupt

E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de

Vertrieb: Bernd Hartmann,

isor-finanz-stat@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga,

LibelleDeko

Herstellung: MediaService

Internet: www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind

Impressum

die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 16.07.2026

Print- & Internetausgabe: 04.08.2026

Redaktionsschluss der

nächsten Ausgabe: 17.09.2026

Geschäftsführerin: Anja Mewes

Di: 9-16 Uhr

Mi: nach telefon. Vereinbarung

Tel.: 030 297843-16

Fax: 030 297843-20

E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Steffen Haupt

Tel. 030 297843-19

E-Mail: hauptstefen@gmx.net

Schatzmeister und Statistik:

Bernd Hartmann (Home-Office)

Di: Bürotermine und nach tel.

Vereinbarung

Mi: 8-16 Uhr

Tel.: 03338- 750 76 92

Fax: 03338- 750 76 91

E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de

AG Soziales und Betreuung:

Florian Münter

Telefon: 0151 - 41 46 65 51

Email: isor-sozialebetreuung@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,

Mo-Do: 8-15 Uhr

Tel.: 030 297843-19

E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse

Empfänger: ISOR e. V. Berlin

IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXX